



2004

# Statistik Kommunal

## Ammerbuch



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

## Impressum

### Statistik Kommunal 2004

Artikel-Nr. 8035 04001

#### Herausgeber

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

#### Fotonachweis

Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg, Stuttgart 2004  
Vervielfältigung und Verbreitung, auch  
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2004

Statistik Kommunal

Ammerbuch

## Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung und Konzeption:** Jutta Demel ■ **Autoren:** Werner Brachat-Schwarz, Jutta Demel, Reinhard Güll, Hans Jörg Hoffmann ■ **Datenaufbereitung:** Bettina Kopecky, Harald Pfitzer, Walter Weltin ■ **Programmierung:** Wilfred Berger, Thomas Rein ■ **Redaktion:** Magdalena Janal ■ **Technik/DTP:** Willi Engel, Claudia Hierath, Wolfgang Werner

## Einführung und Inhalt

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht mit dieser Ausgabe erstmals eine Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal. Es folgt damit dem Beispiel anderer Statistischer Landesämter, gemeinderelevante Daten in knapper und übersichtlicher Form darzustellen. Die Publikation bietet in 16 Tabellen und 9 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne der 1 111 Gemeinden Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunal финанzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume verstreichen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifischen Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen.

Gemeindedaten im Überblick .....	4
Zeichenerklärung .....	6
Fläche .....	7
Bevölkerung .....	8
Bildung .....	10
Wahlen .....	11
Landwirtschaft .....	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt .....	13
Verkehr .....	14
Wohnen .....	15
Wasserwirtschaft .....	16
Kommunal финанzen und Gemeindepersonal .....	17
Fußnoten .....	18
Erläuterungen und Definitionen .....	19

## Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
<b>Fläche</b>		
Fläche insgesamt 2003	ha	4 805
<b>Bevölkerung</b>		
Bevölkerung 2003	Anzahl	11 488
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2003	Anzahl	+ 47
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2003	Anzahl	+ 67
Bevölkerungszu-/abnahme 2003	Anzahl	+ 114
<b>Bildung <sup>1)</sup></b>		
Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt 2003/2004	Anzahl	800
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2003/2004	Anzahl	779
Schüler an Realschulen 2003/2004	Anzahl	–
Schüler an Gymnasien 2003/2004	Anzahl	–
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2003/2004	Anzahl	161
<b>Landwirtschaft</b>		
Landwirtschaftliche Betriebe 2003	Anzahl	84
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2003	ha	1 471
<b>Beschäftigung und Arbeitsmarkt</b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2003	Anzahl	1 530
Pendlersaldo 2003	Anzahl	– 2 523
Arbeitslose insgesamt 2003	Anzahl	281
Arbeitslose Frauen 2003	Anzahl	128
Langzeitarbeitslose 2003	Anzahl	81
<b>Verkehr</b>		
Kraftfahrzeugbestand 2003	Anzahl	8 115
Straßenverkehrsunfälle 2003 <sup>2)</sup>	Anzahl	45
Verunglückte Personen 2003	Anzahl	35
<b>Wohnen</b>		
Wohngebäude 2003	Anzahl	2 788
Wohnungen 2003 <sup>3)</sup>	Anzahl	4 599
<b>Gemeindefinanzen <sup>4)</sup></b>		
Steuerkraftmesszahl 2003	1 000 EUR	6 165
Steuerkraftsumme 2003	1 000 EUR	8 317
Schuldenstand 2003	1 000 EUR	2 529
Gewerbsteuerhebesatz 2003	%	330
<b>Tourismus <sup>5)</sup></b>		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2003	Anzahl	3
Betten insgesamt 2003	Anzahl	70
Ankünfte insgesamt 2003	Anzahl	3 501
Übernachtungen insgesamt 2003	Anzahl	5 450
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2003	Anzahl	1 020

## ... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
<b>Fläche</b>				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2001	%	12	17	13
Waldfläche 2001	%	34	34	38
Landwirtschaftsfläche 2001	%	52	47	47
<b>Bevölkerung</b>				
Ausländeranteil 2003	%	10	12	12
Durchschnittsalter 2003	Jahre	37,8	38,8	40,8
Geburtenrate <sup>6)</sup> 2000 bis 2003	Anzahl	50	44	46
Bevölkerungsdichte 2003	Einw/km <sup>2</sup>	239	413	299
<b>Bildung<sup>1)</sup></b>				
Übergänge auf Hauptschulen 2003/2004	%	24	24	32
Übergänge auf Realschulen 2003/2004	%	25	30	32
Übergänge auf Gymnasien 2003/2004	%	51	45	35
<b>Bundestagswahl 2002</b>				
Wahlbeteiligung	%	84,1	81,5	78,6
Zweitstimmenanteile der Parteien: <sup>7)</sup>				
CDU	%	39,5	38,0	43,2
SPD	%	33,0	33,4	33,6
FDP/DVP	%	6,7	6,7	7,5
GRÜNE	%	16,2	17,3	11,1
<b>Beschäftigung</b>				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2003	%	36	31	42
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2003	%	29	17	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2003	%	30	51	36
<b>Verkehr</b>				
PKW je 1 000 Einwohner 2003	Anzahl	566	517	566
PKW-Anteil am KFZ-Bestand 2003	%	79	83	82
<b>Wohnen</b>				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2003	%	63	60	58
Wohnfläche je Einwohner 2003	m <sup>2</sup>	39	38	40
<b>Wasserwirtschaft</b>				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2001	Liter/Tag	107	109	124
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2003	EUR/m <sup>3</sup>	4,96	.	3,77
<b>Gemeindefinanzen<sup>4)</sup></b>				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2003	EUR	544	514	652
Steuerkraftsumme je Einwohner 2003	EUR	733	788	843
Schuldenstand je Einwohner 2003	EUR	222	495	563
<b>Tourismus<sup>5)</sup></b>				
Durchschnittliche Bettenauslastung 2003	%	21	30	37
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2003	Tage	2	2	3

## Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

## Fläche

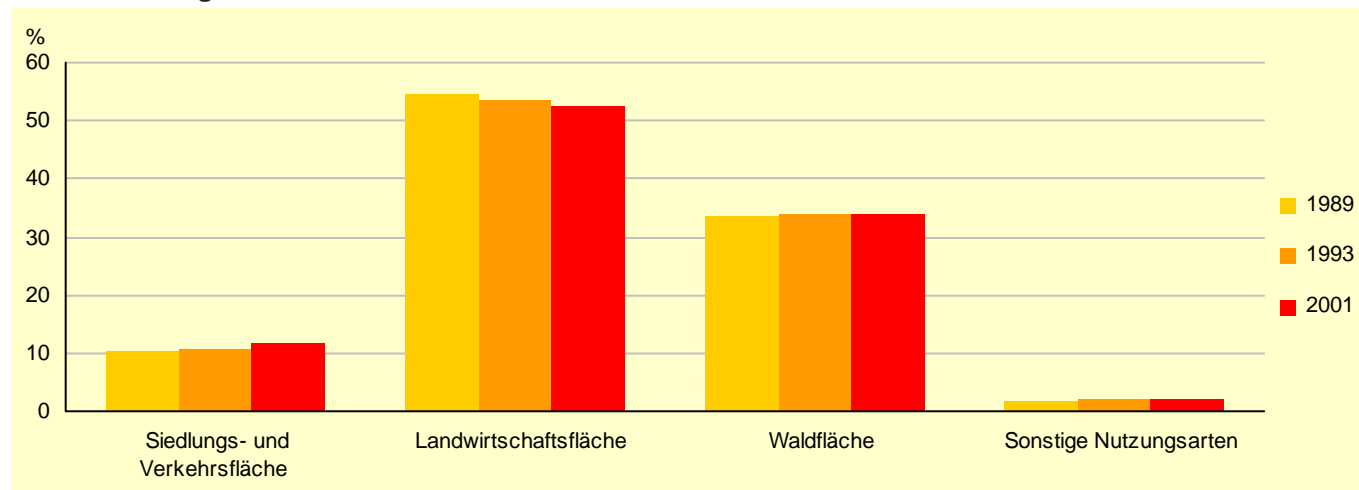
Die Landesfläche Baden-Württembergs umfasst 35 752 km<sup>2</sup>. Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde im Land mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km<sup>2</sup>, gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km<sup>2</sup>.

Im Jahr 2001 war knapp die Hälfte der gesamten Landesfläche Landwirtschaftsfläche. Rund zwei Fünftel waren bewaldet. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche entsprach einem Anteil von gut 13 % der gesamten Landesfläche. Ende der 80er-Jahre lag dieser noch bei knapp 12 %. Im Zeitraum von 1997 bis 2001 wurden landesweit täglich etwa 12 ha Fläche für Baumaßnahmen in Anspruch genommen, das entspricht rund 22 Fußballfeldern. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist hauptsächlich auf die Wohnbautätigkeit und die Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete zurückzuführen – fast ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaftsfläche. In den Kommunen der Verdichtungsräume liegt der Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen deutlich höher als in den Gemeinden der eher ländlichen Gebiete, hier sind hingegen die höchsten Zunahmen zu verzeichnen. In Kornwestheim, der Stadt mit dem landesweit größten Anteil, ist mit 59 % bereits mehr als die Hälfte des Stadtgebietes Siedlungs- und Verkehrsfläche. In der Gemeinde Simonswald im Landkreis Emmendingen ist dieser Anteil mit 2,4 % am geringsten.

### Gemeindefläche nach der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	1989		1993		1997		2001	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
<b>Fläche insgesamt</b>	<b>4 801</b>	<b>100</b>	<b>4 806</b>	<b>100</b>	<b>4 805</b>	<b>100</b>	<b>4 805</b>	<b>100</b>
Landwirtschaftsfläche	2 616	54	2 569	53	2 538	53	2 516	52
Waldfläche	1 608	34	1 632	34	1 633	34	1 633	34
Wasserfläche	21	–	24	–	23	–	23	–
Übrige Nutzungsarten	65	1	66	1	75	2	75	2
Siedlungs- und Verkehrsfläche	491	10	515	11	536	11	557	12
Darunter								
Gebäude- und Freifläche	217	44	231	45	251	47	266	48
Verkehrsfläche	260	53	267	52	269	50	268	48
Erholungsfläche	9	2	10	2	10	2	15	3

### Flächennutzung in der Gemeinde



## Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie dem Ausweisen von Bauland. Allein seit Ende 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um 9 % erhöht. Innerhalb dieses Zeitraums stieg die Einwohnerzahl in über 90 % der 1 111 baden-württembergischen Kommunen. Das Bevölkerungswachstum des Landes beruht überwiegend auf Wanderungsgewinnen und zu einem geringen Teil auf einem Geburtenüberschuss. Seit dem Jahr 2001 ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem noch mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs war Ende des Jahres 2003 im Durchschnitt 40,8 Jahre alt. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren. Mit durchschnittlich 32,9 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung des Landes in der Gemeinde Riedhausen im Landkreis Ravensburg. Am ältesten ist sie mit 47,7 Jahren in Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis) – aufgrund der dort ansässigen Klosterbevölkerung. In der Regel ist ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf geringe Geburtenhäufigkeiten, auf Wegzüge junger Familien mit kleinen Kindern sowie auf vom Kurbetrieb geprägte oder als Altersruhesitz bevorzugte Gemeinden zurückzuführen.

### Bevölkerungsentwicklung seit 1871\*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km <sup>2</sup>
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	3 873	47	53	81	1990	10 196	50	50	212
1890	4 075	48	52	85	1993	10 600	50	50	221
1900	3 857	48	52	80	1995	10 797	50	50	225
1910	3 951	49	51	82	1996	10 843	50	50	226
1925	3 932	48	52	82	1997	10 933	50	50	228
1933	4 028	48	52	84	1998	10 959	50	50	228
1939	3 987	48	52	83	1999	11 008	50	50	229
1950	4 810	46	54	100	2000	11 089	50	50	231
1961	5 638	48	52	117	2001	11 259	50	50	234
1970	7 265	48	52	151	2002	11 374	50	50	237
1987	9 333	50	50	194	2003	11 488	50	50	239

### Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)						
	Lebend-geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner				insgesamt	je 1 000 Einwohner							
	Anzahl															
1995	160	53	+	107	+	10	727	817	-	90	-	8	+	17	+	2
1996	166	76	+	90	+	8	761	805	-	44	-	4	+	46	+	4
1997	158	64	+	94	+	9	814	818	-	4	-	0	+	90	+	8
1998	167	66	+	101	+	9	724	799	-	75	-	7	+	26	+	2
1999	168	79	+	89	+	8	726	766	-	40	-	4	+	49	+	4
2000	134	75	+	59	+	5	730	708	+	22	+	2	+	81	+	7
2001	119	46	+	73	+	7	694	597	+	97	+	9	+	170	+	15
2002	117	67	+	50	+	4	638	573	+	65	+	6	+	115	+	10
2003	124	77	+	47	+	4	743	676	+	67	+	6	+	114	+	10

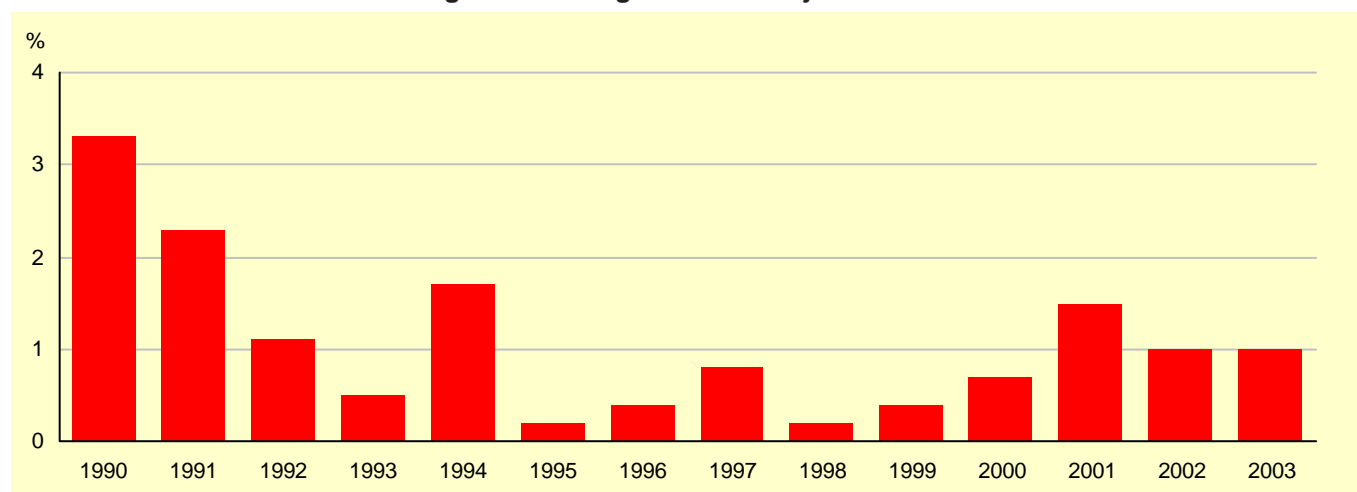
**Bevölkerungsstruktur 2003**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	369	3	194	3	175	3	3	3	3
3 - 6	493	4	256	4	237	4	3	3	3
6 - 15	1 361	12	702	12	659	11	10	11	10
15 - 18	474	4	242	4	232	4	3	4	3
18 - 25	978	9	500	9	478	8	8	8	8
25 - 40	2 476	22	1 222	21	1 254	22	22	23	21
40 - 65	3 825	33	1 975	34	1 850	32	33	34	33
65 - 75	966	8	463	8	503	9	10	9	10
75 und mehr	546	5	185	3	361	6	7	5	10
<b>Insgesamt</b>	<b>11 488</b>	<b>100</b>	<b>5 739</b>	<b>100</b>	<b>5 749</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>									
	37,8		36,9		38,8		40,8	39,3	42,2

**Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1990**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	471	5	232	5	239	5	4	4	3
3 - 6	467	5	239	5	228	4	3	3	3
6 - 15	1 166	11	617	12	549	11	9	10	9
15 - 18	293	3	146	3	147	3	3	3	3
18 - 25	1 108	11	576	11	532	10	11	12	10
25 - 40	2 892	28	1 466	29	1 426	28	24	26	23
40 - 65	2 876	28	1 509	30	1 367	27	31	32	30
65 - 75	490	5	178	4	312	6	7	6	9
75 und mehr	433	4	119	2	314	6	7	4	9
<b>Insgesamt</b>	<b>10 196</b>	<b>100</b>	<b>5 082</b>	<b>100</b>	<b>5 114</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>									
	34,7		33,2		36,1		38,7	36,7	40,6

**Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr**



## Bildung

Mit einem nahezu flächendeckenden Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien hat sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems entschieden. Zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler gibt es ein differenziertes Sonderschulwesen mit der Möglichkeit, die Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen zu erreichen. An den Berufsschulen des Landes findet die Ausbildung im Dualen System statt. An weiteren Schularten können neben beruflichen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Aufgrund eines Privatschulgesetzes können in Baden-Württemberg private Ersatz- und Ergänzungsschulen gegründet werden. Landesweit bestehen gegenwärtig rund 600 Privatschulen, darunter auch Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, private berufliche Schulen sowie die freien Waldorfschulen und privaten Sonderschulen. Lediglich 77 Gemeinden verfügen über keine eigenständige allgemein bildende Schule, sondern allenfalls über eine Außenstelle. Die Schüler- und Lehrerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.

Nach einem landesweiten Rückgang der Schülerzahlen in den 80er Jahren ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den allgemein bildenden Schulen seit 1990 wieder auf rund 1,3 Mill. im Schuljahr 2003/2004 gestiegen. Die derzeitigen Vorausrechnungen gehen davon aus, dass die Schülerzahlen ab 2005 wieder sinken werden.

### Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2003/2004

Schularten	Schulen <sup>1)</sup> ins- gesamt	Schüler <sup>2)</sup> ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft <sup>3)</sup>	Schüler je Klasse <sup>4)</sup>
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	6	568	568	46	10	57	15	19	22
Hauptschulen	2	211	211	42	29				21
Sonderschulen	1	21	21	.	.	4	2	6	7
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	–	.	.	.	.	.	.	.
Andere Schularten <sup>5)</sup>	–	–	–	.	.	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>9</b>	<b>800</b>	<b>800</b>	.	.	<b>61</b>	<b>17</b>	<b>X</b>	<b>X</b>

### Zum Vergleich: Allgemein bildende Schulen Schuljahr 1990/1991

Schularten	Schulen <sup>1)</sup> ins- gesamt	Schüler <sup>2)</sup> ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter Vollzeit- beschäftigte	Schüler je Lehrkraft <sup>3)</sup>	Schüler je Klasse <sup>4)</sup>
				weiblich	aus- ländisch				
Anzahl	Anzahl	%		Anzahl					
Grundschulen	6	505	505	50	13	59	20	17	19
Hauptschulen	2	211	211	48	35				19
Sonderschulen	1	15	15	.	.	5	2	4	5
Realschulen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gymnasien	–	–	–	.	.	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–	–	.	.	.	.	.	.	.
Andere Schularten <sup>5)</sup>	–	–	–	.	.	–	–	–	–
<b>Insgesamt</b>	<b>9</b>	<b>731</b>	<b>731</b>	.	.	<b>64</b>	<b>22</b>	<b>X</b>	<b>X</b>

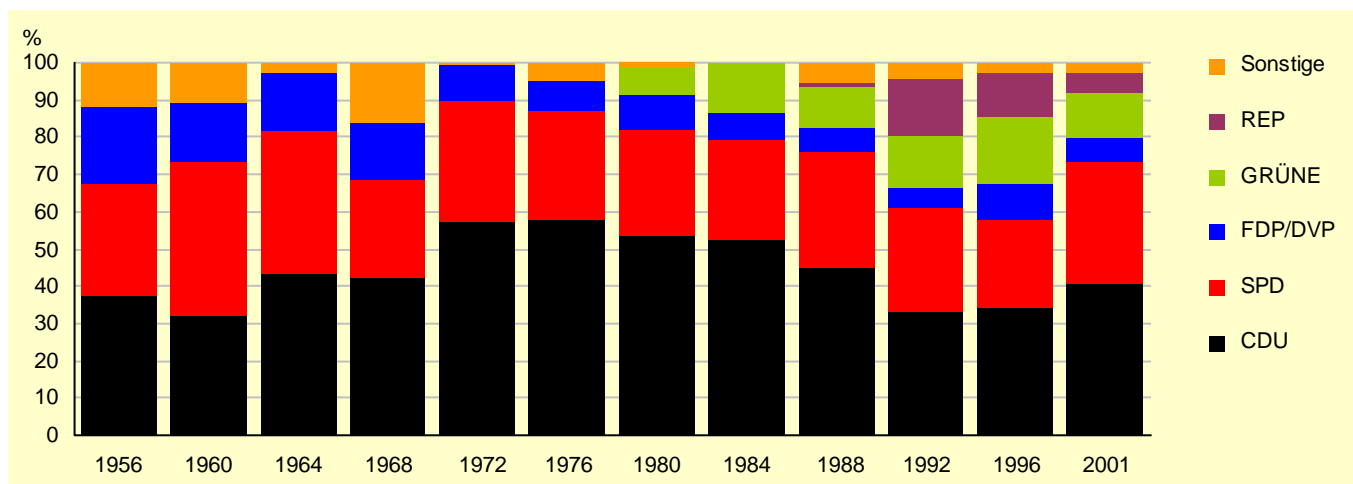
### Wahlen

Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Das Ergebnis der Landtagswahl 2001 war in Baden-Württemberg insgesamt eine Konsolidierung des in Jahrzehnten geprägten parteipolitischen Gesichts des Landes. So konnte die CDU ihre Stellung als stärkste Partei im Lande nicht nur behaupten, sondern erneut ausbauen. Die SPD ging nach fast 30 Jahren stetig abnehmendem Zuspruchs im Land deutlich gestärkt aus der letzten Landtagswahl hervor und konnte erstmals seit 1988 wieder einen Stimmenanteil von über 30 % erreichen. Die FDP/DVP nahm – ungeachtet leichter Verluste – in ihrem „Stammland“ wieder den Rang als dritte Kraft ein, den sie bis zur Wahl 1984 innegehabt hatte. Die GRÜNEN – seit 1980 in einer fast stetigen Aufwärtsbewegung – mussten bei der Landtagswahl 2001 zum ersten Mal auf relativ hohem Niveau deutliche Stimmverluste verbuchen. Die REPUBLIKANER, die 1992 und 1996 im Landtag vertreten waren, verfehlten zur Wahl 2001 die Fünfprozenthürde. Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2001 weiter fort: mit knapp 63 % wurde die zweitniedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen des Landes verzeichnet. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

### Wahlergebnisse

Wahl	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahl-beteiligung	Stimmenanteile <sup>1)</sup>					
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP <sup>2)</sup>	REP	Sonstige
				Anzahl			% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte		
Landtagswahl 2001	7 522	4 767	68,1	40,7	32,6	12,0	6,5	5,5	2,7
Landtagswahl 1996	7 189	4 798	71,8	34,4	23,3	18,0	9,8	11,8	2,6
Veränderung	+ 333	- 31	- 3,8	+ 6,3	+ 9,3	- 6,0	- 3,3	- 6,3	-
Bundestagswahl 2002	7 766	5 641	84,1	39,5	33,0	16,2	6,7	1,5	3,1
Bundestagswahl 1998	7 336	5 471	85,9	32,7	32,6	14,9	8,7	6,3	4,7
Veränderung	+ 430	+ 170	- 1,8	+ 6,8	+ 0,4	+ 1,3	- 2,0	- 4,8	- 1,6
Europawahl 2004	7 919	4 141	56,7	41,9	16,4	22,9	6,7	3,5	8,6
Europawahl 1999	7 374	2 898	41,1	42,7	23,5	17,6	5,0	5,2	6,0
Veränderung	+ 545	+ 1 243	+ 15,6	- 0,8	- 7,1	+ 5,3	+ 1,7	- 1,7	+ 2,6

### Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



## Landwirtschaft

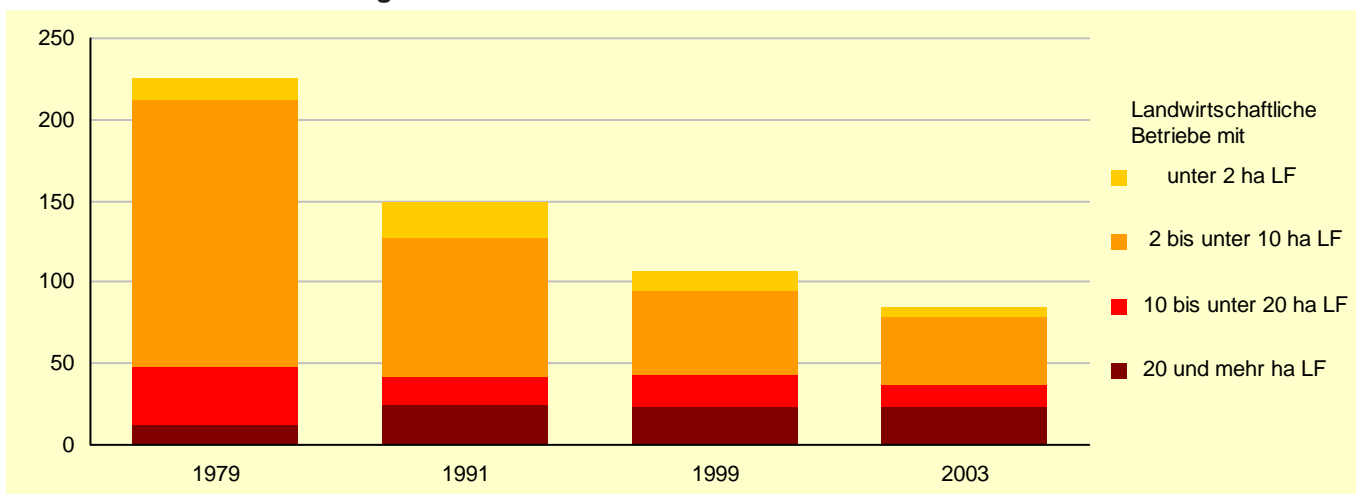
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Allein in den letzten 25 Jahren sind von den knapp 132 000 landwirtschaftlichen Betrieben weniger als die Hälfte übrig geblieben. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital, dem unternehmerischen Geschick der Landwirte und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Im Zuge des Strukturwandels hat die Betriebsgröße landesweit stark zugenommen. Die Landwirte bewirtschafteten 2003 durchschnittlich 22 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). 1979 lag die Größe der Betriebe im Landesdurchschnitt noch bei 11 ha. Charakteristisch für die Landwirtschaft des Landes bleibt trotzdem weiterhin die große Anzahl von Kleinbetrieben.

Im Jahr 2003 waren von den landesweit knapp 15 000 km<sup>2</sup> landwirtschaftlich genutzter Fläche 58 % Ackerland, 39 % Dauergrünland und 3 % Dauerkulturen (z.B. Rebland, Obstanbauflächen). Zahlreiche Sonderkulturen wie Tabak, Hopfen oder Spargel bereichern die vielfältige Landwirtschaft Baden-Württembergs. In einigen Landesteilen ist die Agrarproduktion durch Tierzucht und Tierhaltung geprägt.

### Landwirtschaft\*)

Jahr <sup>1)</sup>	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe		Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
	Anzahl	ha	%			ha	insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter	
							Anzahl				
1979	225	33	1 555	63	35	2	7	1 455	13	2 047	15
1983	200	28	1 554	61	37	2	8	1 330	13	2 498	22
1987	175	24	1 511	63	35	2	9	1 216	15	2 562	28
1991	150	22	1 457	67	31	2	10	911	16	3 309	57
1995	127	16	1 489	70	28	2	12	785	20	3 687	75
1999	107	14	1 627	68	32	1	15	591	18	3 395	103
2001	98	.	1 503	70	29	1	15	419	17	1 031	38
2003	84	10	1 471	71	28	-	18	363	20	2 922	108

### Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



### Beschäftigung und Arbeitsmarkt

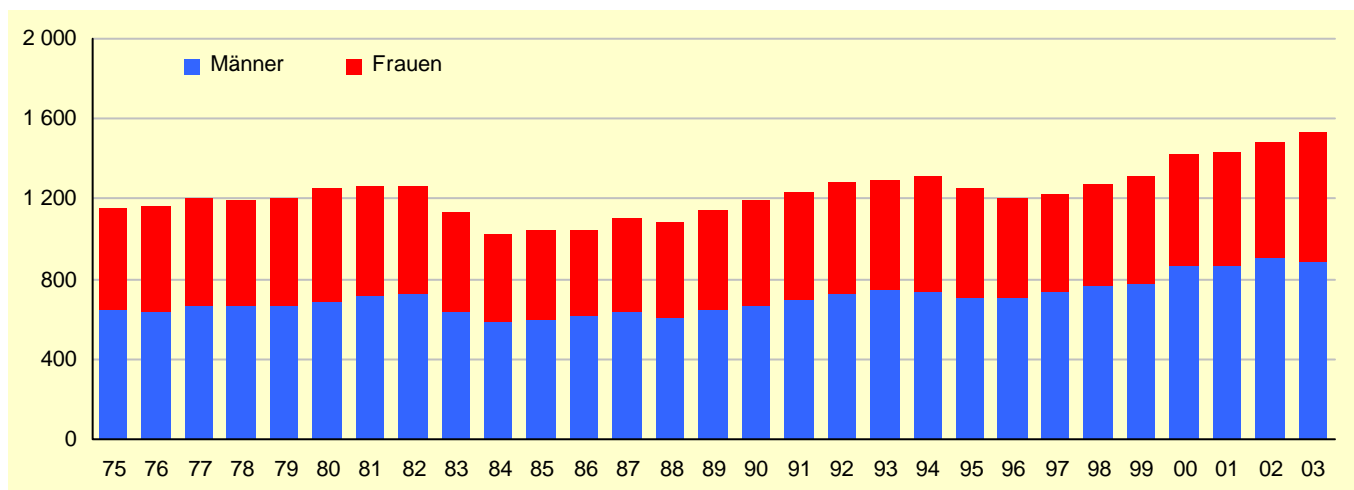
Nach einer längeren Periode mit günstiger Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg hat die anhaltende konjunkturelle Flaute im Jahr 2003 erstmals deutliche Spuren hinterlassen: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank gegenüber 2002 um 1,7 %. Betroffen war vor allem das Produzierende Gewerbe. Die Wirtschaftsflaute ergriff aber auch die Dienstleistungsbetriebe, die der Wirtschaft im Südwesten in den letzten Jahren mit die stärksten Beschäftigungsimpulse gegeben hatten. Durch die jahrelange Expansion des Dienstleistungsbereichs hat sich dessen Anteil an den Beschäftigten landesweit insgesamt von 45 % (1990) auf zuletzt 56 % erhöht. Die Arbeitsplatzzentren im Land sind weiterhin vor allem größere Städte mit sehr hohen Einpendlerüberschüssen. Hier liegt die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohnern erheblich über dem Landesdurchschnitt von 355.

Von den knapp 3,8 Mill. Beschäftigten im Jahr 2003 waren etwa 44 % Frauen. Die Gründe dafür, dass der Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt in den einzelnen Kommunen unterschiedlich ist, sind vielfältig. Mitentscheidend dürfte die regionale Branchenstruktur sein: Der tertiäre Sektor bietet für Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als der produzierende Bereich. Zudem hat auch die regional unterschiedliche Bevölkerungs- und Familienstruktur Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen.

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose

Jahr (30.6.)	Beschäftigte <sup>1)</sup>		Und zwar <sup>2)</sup>					Arbeits- lose insgesamt <sup>3)</sup>	Und zwar			
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	Aus- länder	Langzeit- arbeits- lose <sup>4)</sup>	unter 25 Jahre
1975	1 152	143	44	21	85	3	10	.	.	.	.	.
1980	1 254	145	45	20	79	4	15	.	.	.	.	.
1985	1 045	111	43	15	66	3	24	.	.	.	.	.
1990	1 192	118	44	13	58	6	31	.	.	.	.	.
1995	1 257	116	44	15	53	9	32	343	39	29	34	7
2000	1 418	128	39	11	42	24	29	230	41	25	44	7
2001	1 430	128	40	11	41	25	30	227	45	23	39	7
2002	1 481	131	39	13	41	26	29	255	49	24	30	11
2003	1 530	134	42	12	36	29	30	281	46	20	29	11

#### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



## Verkehr

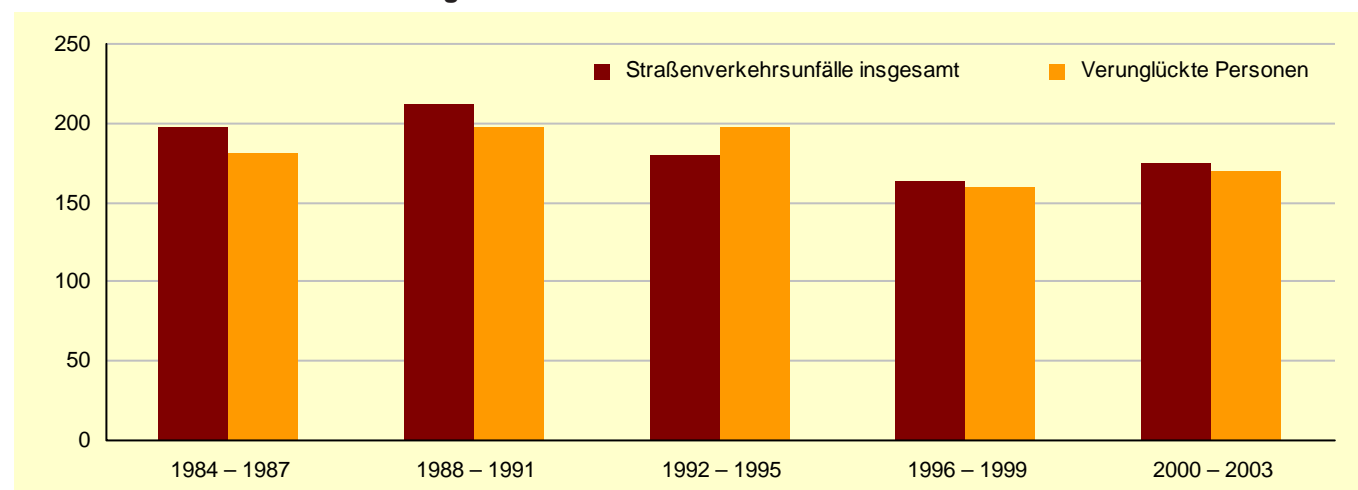
Im Jahr 2003 waren in Baden-Württemberg rund 7,3 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit hat sich seit 1950 der gesamte KFZ-Bestand des Landes um mehr als das 20fache erhöht, die Zahl der Personenkraftwagen (PKW) sogar auf das 68fache. Der enorme Anstieg des PKW-Bestandes ist auch demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stetige Zunahme des Motorisierungsgrades. Landesweit kommen derzeit 566 PKW auf 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede sind allerdings erheblich, auch bedingt durch die Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge größerer Unternehmen auf einzelne Orte. Am höchsten ist der die PKW-Dichte mit 939 PKW pro 1 000 Einwohner in Neckarsulm (Landkreis Heilbronn). Mit 406 PKW pro 1 000 Einwohner weist Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen den geringsten Motorisierungsgrad auf. Tendenziell ist die PKW-Dichte in größeren Städten sowie in verdichteten Gebieten geringer. Ursachen hierfür sind das konzentrierte Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen sowie der besser ausgebaute öffentliche Personennahverkehr.

Bei knapp 60 000 Verkehrsunfällen im Jahr 2003 verunglückten auf den Straßen Baden-Württembergs rund 56 000 Personen, 775 wurden getötet. Die Zahl der Verkehrstoten war damit seit Einführung dieser Statistik noch nie so niedrig. Entspricht die Entwicklung Ihrer Gemeinde dem Landestrend? Sehen Sie selbst.

### Kraftfahrzeuge\*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr <sup>1)</sup>	Kraftfahrzeugbestand			PKW je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle <sup>3)</sup>		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		PKW	Krafträder <sup>2)</sup>						
Anzahl				Anzahl					
1985	4 709	3 925	283	415	32	21	28	–	12
1991	6 253	5 297	285	512	45	32	49	–	19
1993	6 534	5 468	345	515	54	37	63	5	24
1995	6 850	5 611	429	518	30	17	25	–	12
1997	6 977	5 699	510	522	43	29	41	2	19
1999	7 358	5 970	577	544	51	35	60	1	14
2000	7 516	6 073	624	548	51	33	51	1	17
2001	7 580	6 125	638	552	43	31	48	1	6
2002	7 744	6 245	668	555	36	24	36	–	10
2003	8 115	6 433	706	566	45	30	35	–	11

### Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



## Wohnen

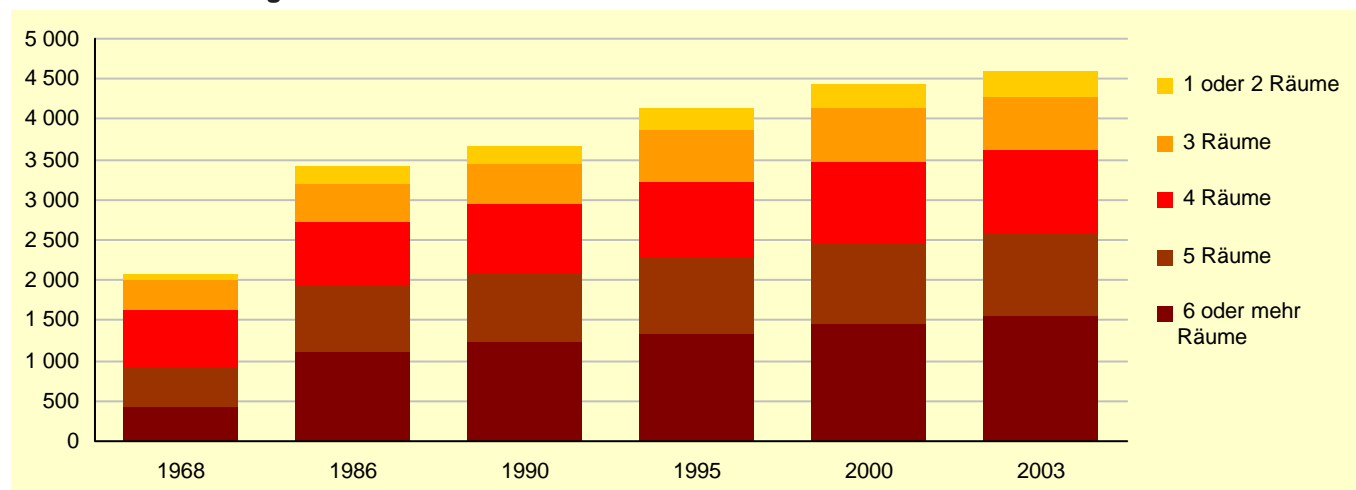
Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich in den letzten 40 Jahren mehr als verdoppelt: 1961 gab es erst 2,3 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, 2003 waren es bereits 4,8 Mill. Ursachen für diesen Anstieg sind im enormen Bevölkerungszuwachs sowie im Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem Zweiten Weltkrieg, im anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt in der stetigen Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse zu sehen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner noch Mitte der 80er-Jahre bei 36 m<sup>2</sup>, zuletzt waren es bereits 41 m<sup>2</sup>.

Was die Struktur der Wohngebäude angeht, so gab es Ende 2003 landesweit 58 % Einfamilienhäuser, 25 % Zweifamilienhäuser und 18 % Mehrfamilienhäuser. Dabei variiert die Gebäudestruktur zwischen den Kommunen des Landes erheblich. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Gemeinden des Landes deutlich höher als in den verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten war der Einfamilienhausanteil mit 91 % in Guggenhausen (Landkreis Ravensburg). Die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) hingegen hat mit nur 26 % den geringsten Anteil aufzuweisen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart (30 %). Und wie sieht es in Ihrer Gemeinde aus?

### Wohngebäude und Wohnungen

Jahr <sup>1)</sup>	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1961	1 154	521	45	226	20	33	3	1 571	361	.
1968	1 410	662	47	318	23	60	4	2 091	335	22
1986	2 239	1 507	67	584	26	148	7	3 411	281	35
1990	2 391	1 595	67	631	26	165	7	3 672	278	35
1995	2 554	1 640	64	692	27	222	9	4 136	261	37
1999	2 659	1 684	63	720	27	255	10	4 389	251	39
2000	2 684	1 703	63	724	27	257	10	4 427	250	39
2001	2 708	1 715	63	729	27	264	10	4 476	252	39
2002	2 742	1 736	63	737	27	269	10	4 531	251	39
2003	2 788	1 769	63	745	27	274	10	4 599	250	40

### Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



### Wasserwirtschaft

Die Trinkwasserversorgung der 1 111 Kommunen des Landes wurde 2001 von insgesamt 1 366 Wasserversorgungsunternehmen sichergestellt. Der überwiegende Teil (92 %) davon sind öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, die insgesamt 690 Mill. m<sup>3</sup> Wasser förderten. Fast ein Fünftel davon stammt aus der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) in Sipplingen und gut 14 % aus der Landeswasserversorgung (LW).

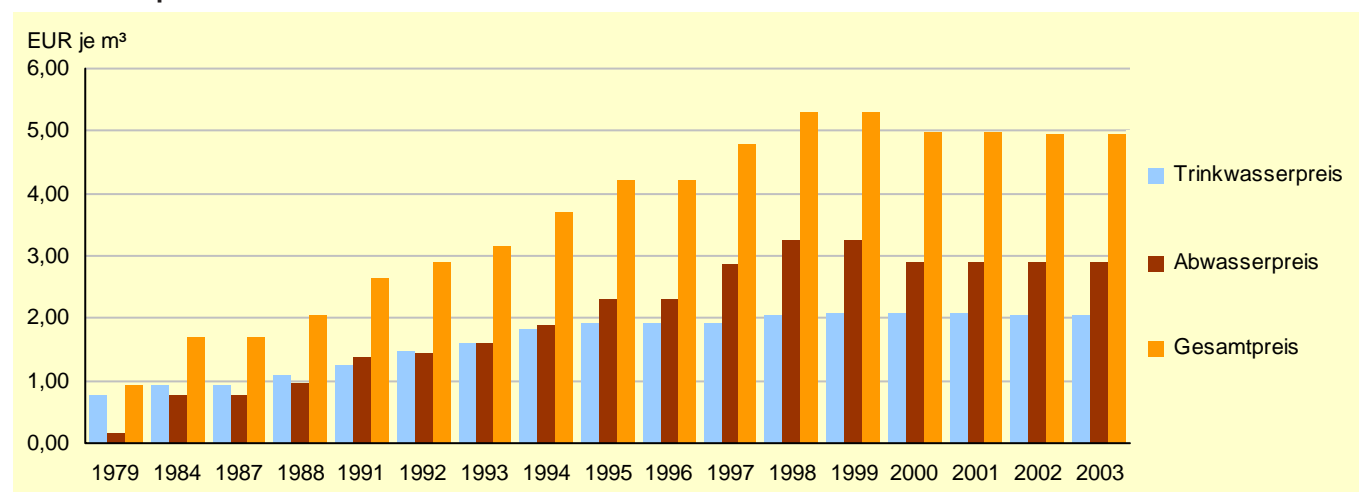
Der tägliche Wasserverbrauch der Privathaushalte und Kleingewerbe betrug 2001 im Landesdurchschnitt 124 Liter je Einwohner. 1979 lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Land durchschnittlich noch bei 133 Liter. Die Gründe für die landesweite Abnahme liegen wohl im veränderten Verhalten der Verbraucher einerseits aufgrund gestiegener Preise und andererseits aufgrund des gestärkten Umweltbewusstseins.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug 2003 im Landesdurchschnitt 3,78 Euro je Kubikmeter (ohne Grundgebühren). Die Wasserpreise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,58 Euro bis 6,52 Euro je Kubikmeter. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

### Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr <sup>1)</sup>	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste <sup>2)</sup>	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis <sup>4)</sup>	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch <sup>3)</sup>				
									1 000 m <sup>3</sup>
							EUR je m <sup>3</sup> <sup>5)</sup>		
1979	4 669	74	367	296	81	94	0,77	0,15	0,92
1983	4 412	260	427	379	89	111	0,92	0,77	1,69
1987	4 159	537	426	358	84	103	0,92	0,77	1,69
1991	2 573	252	495	445	90	117	1,26	1,38	2,64
1993	2 039	224	473	417	88	108	1,59	1,58	3,17
1995	2 242	209	492	443	90	112	1,92	2,30	4,22
1998	3 248	186	479	431	90	108	2,05	3,25	5,30
2001	2 916	487	472	437	93	107	2,06	2,91	4,97
2003	.	.	.	.	.	.	2,05	2,91	4,96

### Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser



## Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

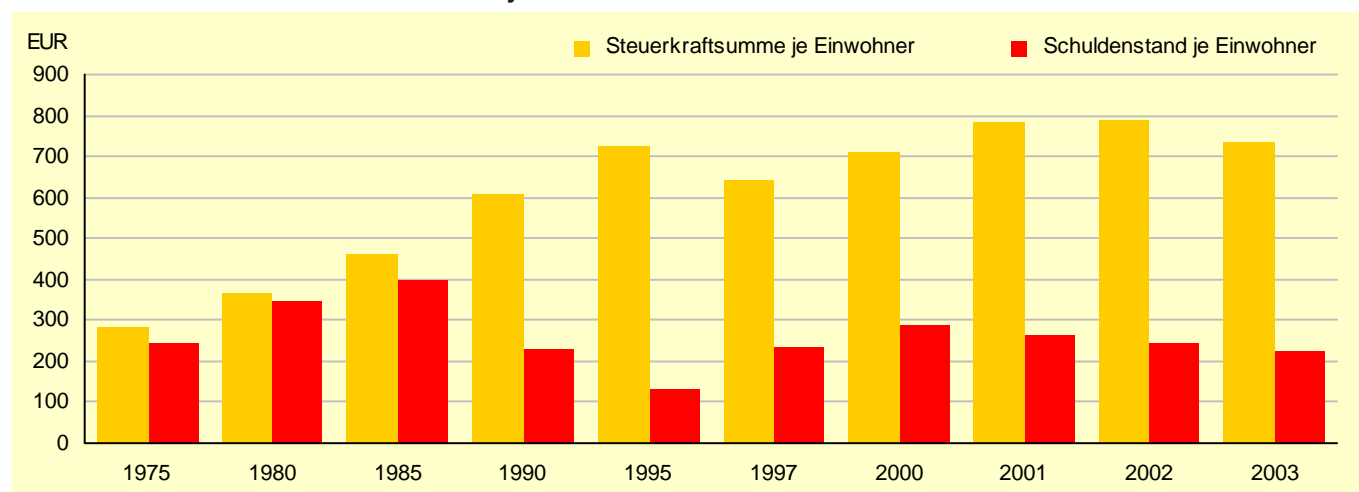
Die kommunale Finanzpolitik war nach der Jahrtausendwende geprägt von erheblichen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen. Die Steuerkraftsumme, die die Finanzkraft der Städte und Gemeinden darstellt, wird durch die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich Gewerbesteuerumlage), den Grundsteuern A und B – jeweils auf einheitliche Hebesätze umgerechnet –, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie den Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft bestimmt. Neben der Einnahmen-Ausgaben-Entwicklung ist vor allem die Verschuldung der Gemeinden in der öffentlichen Diskussion. Was allerdings die Vergleichbarkeit der Schuldenentwicklung im Zeitverlauf erschwert ist die Tatsache, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden, wobei ein Teil der Schuldenlast in diese Betriebe mit übertragen wurde.

Dies und eine in den 90er-Jahren einsetzende auf Konsolidierung bedachte Haushaltspolitik führten zwischen 1995 und 2003 zu einem Rückgang des Gemeindefschuldenstands um immerhin 19 %. Im Jahr 2003 betrug die Gemeindefschuldenlast je Einwohner im Landesdurchschnitt 563 Euro, 1995 lag der Schuldenstand der Kommunen noch bei durchschnittlich 714 Euro je Einwohner – bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden.

### Kommunalfinanzen\*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl <sup>1)</sup>		Steuerkraftsumme <sup>2)</sup>		Schuldenstand <sup>3)</sup>		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit- äquivalente <sup>4)</sup>
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1975	1 009	125	2 272	282	1 961	243	41	.
1980	1 847	216	3 097	363	2 992	345	54	.
1985	2 832	302	4 340	462	3 768	398	67	.
1990	3 667	377	5 896	606	2 312	230	87	.
1995	5 149	482	7 751	726	1 406	130	106	.
1997	4 736	438	6 952	643	2 552	234	127	102
2000	5 430	495	7 799	711	3 177	286	114	95
2001	6 129	553	8 680	783	2 958	265	120	101
2002	6 338	567	8 801	787	2 744	242	118	96
2003	6 165	544	8 317	733	2 529	222	114	.

### Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



## Fußnoten

### Gemeindedaten im Überblick ...

- 1) Im Schuljahr 2003/2004. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 3) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 4) Siehe unter Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal, Fußnoten 1), 2) und 3).
- 5) Alle Angaben zu Tourismus beziehen sich auf Beherbergungsstätten ab 9 Betten.
- 6) Geburtenrate: Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 7) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1).

### Bevölkerung

- \*) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31. Dezember des Jahres.

### Bildung

- 1) Öffentliche und private Schulen; Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Schüler an öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen.
- 3) Wöchentliche Unterrichtsstunden der teilzeit- und sonstigen beschäftigten Lehrer (einschließlich der Ermäßigungen und Anrechnungen) sowie die Überstunden der vollzeitbeschäftigten Lehrer wurden in Vollzeitlehrer umgerechnet.
- 4) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 5) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

### Wahlen

- 1) Stimmen ohne Briefwähler; Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteil.
- 2) Bei Europawahlen FDP.

### Landwirtschaft

- \*) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

### Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
- 2) Wirtschaftszweigsystematik 1970 (WZ 70); seit 1999: WZ 93; Die sachliche Untergliederung nach den verschiedenen Systematiken ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.
- 3) Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.
- 4) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über 1 Jahr.

### Verkehr

- \*) Quelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli; ab 2001: Januar.
  - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
  - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

### Wohnen

- 1) 1961 und 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

### Wasserwirtschaft

- 1) Wasserpreise 1983: Erhebungsjahr ist 1984.
- 2) Leitungsverluste, einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Je Einwohner und Tag.
- 4) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
- 5) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

### Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

- \*) Bis 2001 in Euro umgerechnete DM-Werte.
- 1) Steuerkraftmesszahl: Einnahmekraft der Gemeinde (Gewerbesteuer, Grundsteuern auf landeseinheitliche Hebesätze umgerechnet, Einkommensteueranteil).
  - 2) Steuerkraftsumme: Finanzkraft der Gemeinde (Steuerkraftmesszahl + Schlüsselzuweisungen).
  - 3) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.
  - 4) Vollzeitäquivalente (VZä): Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor.

## Erläuterungen und Definitionen

### Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Unter „Beschäftigte“ werden hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verstanden, d.h. alle Arbeiter und Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind damit grundsätzlich Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Die Beschäftigten werden nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt.

*Quelle:* Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ab dem Stichtag 30.09.1998 wurde der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993 (WZ 93)“ umgestellt. Diese Neuverschlüsselung brachte beträchtliche Änderungen in der wirtschaftsfachlichen Zuordnung mit sich. Dadurch sind die Ergebnisse nach WZ 93 auch bei gleich lautenden Bezeichnungen einzelner Gliederungen nur bedingt mit denen der bisherigen Systematik (WZ 70) vergleichbar. Des Weiteren wurde mit dem Stichtag 30.06.2003 der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ umgestellt.

*Hinweis:* Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik haben bis drei Jahre nach dem Stichtag vorläufigen Charakter. Die Bundesagentur für Arbeit behält sich vor, diese innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren bei wichtigem Berichtigungsbedarf zu korrigieren. Nach Ablauf der „Drei-Jahres-Frist“ erhalten die Ergebnisse den Status „endgültige Ergebnisse“.

### Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

### Fläche

Bei der Flächenerhebung erfolgt die Datenerfassung unter Zugrundelegung der Werte des Liegenschaftskatasters der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebsfläche ohne Abbau (z.B. Kiesgruben), der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche zusammen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche ist nicht identisch mit der bebauten bzw. versiegelten Fläche.

### Haupterwerbsbetriebe

Seit 1999 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-Einheit) und mehr oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von 50 Prozent und mehr gezählt. Eine AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) umfasst Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes) und Haus- und Nutzgärten ohne Ziergärten. Sämtliche zu einem Betrieb gehörigen Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip). Darum ist die LF nicht identisch mit der Landwirtschaftsfläche.

### Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten alle registrierten Arbeitslosen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsämtern gemeldet waren.

### Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (z.B. Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

### Pendler/Pendlersaldo

Pendler sind hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen, sondern diesen im Berufspendlerverkehr regelmäßig aufsuchen. Jeder Pendler wird in seiner Arbeitsgemeinde/seinem Arbeitskreis als Einpendler, in seiner Wohngemeinde/seinem Wohnkreis als Auspendler registriert. Bewohner von Freizeitwohnungen und Wehrpflichtige zählen nicht zu den Pendlern. Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

### Räume

Räume sind alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m<sup>2</sup> oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

### Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend.

### Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres.

### Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Hierzu zählen alle Straßenverkehrsunfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verunglückt sind, d. h. getötet oder verletzt wurden. Datengrundlage sind Meldungen der Polizei. Als bei Straßenverkehrsunfällen getötet gelten Personen, die auf der Stelle

getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen starben. Als bei Straßenverkehrsunfällen verletzt gelten Personen, die unmittelbar in Krankenanstalten für mindestens 24 Stunden zur stationären Behandlung eingeliefert wurden (Schwerverletzte) oder Personen, deren Verletzungen keinen bzw. einen Krankenhausaufenthalt von weniger als 24 Stunden erforderten (Leichtverletzte).

### Vollzeitäquivalente

Die Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die Vollzeitäquivalente (Vzä) stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich.

### Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

### Wohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime.



Statistisches  
Landesamt  
Baden-Württemberg

## So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Boblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711 / 641-0 Zentrale  
Telefax 0711 / 641-2440  
E-Mail [poststelle@stala.bwl.de](mailto:poststelle@stala.bwl.de)

Schnell, aktuell und rund um die  
Uhr können Sie sich auf unseren  
Internetseiten informieren:

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.  
Rufen Sie uns an!

### **Zentraler Auskunftsdienst**

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen  
und historischen Statistiken für  
Baden-Württemberg, seine Regionen,  
Landkreise und Gemeinden  
Telefon 0711/641-2833, Telefax -2973

### **Bibliothek**

Die Präsenzbibliothek für jedermann  
Telefon 0711/641-2876, Telefax -2973

### **Pressestelle**

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich  
zu allen aktuellen Themen  
Telefon 0711/641-2451, Telefax -2940

### **Vertrieb**

Bestellungen von Veröffentlichungen  
Telefon 0711/641-2866, Telefax 60 18 74 51

### **Kontaktzeiten**

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,  
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale  
Telefax 0711/641-2440  
E-Mail [poststelle@stala.bwl.de](mailto:poststelle@stala.bwl.de)

[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)